

Uta Deitert „Atomwaffenverbotsvertrag“

Das war eine der wenigen guten Nachrichten der letzten Zeit: Am 24. Okt. 2020 hat der 50. Staat, Honduras, den Atomwaffenverbotsvertrag unterschrieben und ihn damit zum Bestandteil des internationalen Völkerrechts gemacht. 2017 hatten 122 Staaten bei der Generalversammlung der VN den Vertrag verabschiedet und damit die 10-jährige Vorarbeit von ICAN, der internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen zum Erfolg geführt, ICAN bekam dafür, ebenfalls 2017 den Friedensnobelpreis.

Nun, 3 Jahre später ist der Vertrag rechtsgültig. Er verbietet jedem Unterzeichnerstaat Entwicklung, Produktion, Test, Kauf, Transport und Stationierung von Atomwaffen, auch die Bereitstellung seiner Land- und Wasserwege sowie den Luftraum für die Waffentransporte anderer. Ein internationales Kontrollsystem soll die Einhaltung überwachen.

Es ist bezeichnend, dass eine Graswurzelbewegung das geschafft hat, 500 internationale Partner im Schulterschluss mit den meisten Ländern des globalen Südens, die sonst bei weltpolitisch bedeutsamen Entscheidungen nicht viel zu sagen haben. Sie haben damit eine Dynamik in Gang gesetzt, die die Atommächte selbst nie zuwege brachten, obwohl im vor 70 Jahren ebenfalls im Rahmen der VN verabschiedeten Nicht-Verbreitungsvertrag die damals 5 Atommächte USA, Russland, China, England und Frankreich zusagten, „in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen...zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur vollständigen Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle.“

Das haben sie nie eingelöst, kein Wunder also, dass andere Staaten sich dann auch nicht mehr an ihre Verpflichtung auf gänzlichen Verzicht gebunden fühlten. Inzwischen gibt es neun Atomwaffen Staaten - Israel, Indien, Pakistan und Nordkorea sind dazugekommen. Zusammen verfügen sie über ungefähr 14 000 Atomwaffen, USA und Russland allein jeweils über 6000. 1800 davon sind in ständiger Alarmbereitschaft, könnten also auf Knopfdruck aktiviert werden - auch aus Versehen, auch aufgrund eines Fehlalarms, auch durch einen Terroranschlag oder weil Hacker sich in die Sicherungssysteme einhacken.

Dazu kommt, dass zur Zeit die nuklearen Arsenale modernisiert werden – ein offener Bruch des Nichtverbreitungsvertrages. Die USA wollen allein 2021 47 Mrd. dafür ausgeben und u.a. sog. Mini-Nukes entwickeln, um einen begrenzten Atomschlag führen zu können. Damit erklären sie praktisch die „Abschreckungsdoktrin“ für null und nichtig, nach der Atomwaffen allein dazu dienen einen Krieg zu verhindern – weil ja jeder wüsste, dass er für alle ein schreckliches Ende bedeuten würde.

Wer glaubt, dass ein beherrschbarer atomarer Einsatz möglich ist, hat die Idee der Abschreckung ausgemustert. An der Abschreckungsdoktrin hält aber die Bundesregierung eisern fest, das hat Verteidigungsministerin Kramp Karrenbauer vor zwei Wochen in einer Grundsatzrede bekräftigt. Die 20 amerikanischen Atombomben in Büchel in der Eifel sollen also bleiben. Die würden im Falle des Falles von deutschen Tornadopiloten abgeworfen.

Das 2. Argument für deren Stationierung ist die nukleare Teilhabe; die besagt, dass Deutschland bei der Einsatzentscheidung mitreden dürfe – eine Illusion, Amerika hat sich noch nie bei seiner Kriegsführung von Verbündeten reinreden lassen.

Aber – und das ist die Dynamik, die der Verbotsvertrag in Gang gesetzt hat, er gewinnt überall auf der Welt Fürsprecher in Kirchen, Parlamenten, bei Bürgerinnen und Bürgern. In jedem Land der Welt, auch in den Atomstaaten ist die Mehrheit der Bevölkerung für die Abschaffung aller Atomwaffen, bei uns sind es 92%. 170 Bundestagsabgeordnete aus allen demokratischen Parteien, alle 16 deutschen Landeshauptstädte und 4 Landesregierungen drängen die Bundesregierung, dem Vertrag beizutreten und damit die Atomwaffen aus Büchel abziehen zu lassen.

In Spanien, Italien und Belgien planen die Regierungen bereits den Beitritt. In einem offenen Brief haben 50 ehemalige Regierungschefs und Minister, 2 ehemalige UN Generalsekretäre und sogar 2 ehemalige NATO Generalsekretäre alle Staaten aufgerufen, dem Vertrag beizutreten, sonst könne es nirgends Sicherheit geben.

Die evangelische und katholische Kirche in Deutschland haben lange die Abschreckungsdoktrin mitgetragen. Das ist vorbei! Beide sagen unmissverständlich, dass der Besitz dieser Waffen heute ethisch nicht mehr zu rechtfertigen sei, und die Drohung damit nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung gelten kann. Es ist ein Irrglaube, dass mit Angst, Abschreckung und Drohung mit Vernichtung Frieden und Sicherheit zu erreichen seien.

Die Entwicklungen der letzten Jahre, die geradezu groteske Steigerung der weltweiten Militärausgaben auf inzwischen 2 Billionen Dollar, also 2000 Milliarden entlarven die Gleichung: militärische Stärke = Sicherheit und Frieden als Hirngespinnst, sonst müssten wir uns ja so sicher fühlen wie nie.

„Es gibt keinen Weg zum Frieden, wenn nicht der Weg schon Frieden ist“, sagte Martin Luther King. Frieden kann nur gelingen, wenn wir konsequent auf Gewalt verzichten. Dabei muss das Verbot der völkerrechtswidrigen Atomwaffen an allererster Stelle stehen.

Uta Deitert
ÖKOPAX e.V.
info@oekopax.de